

Der Arbeitgeberverband Sarganserland-Werdenberg setzt sich für die Rahmenbedingungen der kleinen und grossen Unternehmen in unserer Region ein.

Heute sind über 200 Unternehmen Mitglied im regionalen AGV.

Wir machen's für die Region!

# Standpunkt

Arbeitgeberverband Sarganserland-Werdenberg

## Nein zum verfehlten Raumplanungsgesetz

Das Parlament verabschiedete Mitte Jahr eine missglückte Revision des Raumplanungsgesetzes. Das neue Gesetz ist wirtschafts- und eigentumsfeindlich. Stein des Anstosses sind insbesondere die Rückzonungspflicht, die Überbauungsverpflichtung und die Mehrwertabgabe. Der AGV unterstützt deshalb das vom schweizerischen Gewerbeverband ergriffene Referendum und empfiehlt die Ablehnung der RPG-Revision.

Das Parlament hat im Juni 2012 die Revision des Raumplanungsgesetzes (RPG) als indirekten Gegenvorschlag zur Landschaftsinitiative beschlossen. Ob die Initiative zurückgezogen wird, ist offen. Sie bewirkte allerdings, dass das Parlament mit der RPG-Revision masslos über das Ziel hinausschoss. Der vernünftige Revisionsentwurf des Bundesrates wurde in den parlamentarischen Debatten übertrieben mit bodenrechtlichen und eigentumsfeindlichen Massnahmen angereichert, so dass er nicht mehr akzeptiert werden kann. Deshalb ergriff der Schweizerische Gewerbeverband dagegen das Referendum und sammelte innert kürzester Zeit die nötigen Unterschriften. Nun kann das Volk entscheiden und den Parlamentsentscheid korrigieren.

### Nein zu einer Verteuerung des Wohnens und der Produktionskosten

Die Vorlage will eine rigorose Raumplanung und zahlreiche bodenrechtliche Beschränkungen einführen. Doch auch verdichtetes Bauen hat seine Grenzen. Das Resultat des neuen RPG wären eine weitere Verknappung von Bauland und angeheizte Immobilienpreise. Das führt letztlich bei der jährlich um über 50'000 Personen wachsenden Bevölkerung zu steigenden Wohnkosten und bei der Wirtschaft zu höheren Produktionskosten. Damit gibt es mit Ausnahme der Staatskasse nur Verlierer. Gerade in den gegenwärtig wirtschaftlich schwierigen Zeiten können wir uns keine gefährlichen Experimente leisten. Um wachsen zu können, braucht die Wirtschaft Raum. Es geht um den Wohlstand der Schweiz und die Sicherung unserer Arbeitsplätze.

### Nein zu weiteren Eingriffen in die Eigentumsfreiheit

Im Gegensatz zur Landschaftsinitiative sieht das revidierte RPG zwei gravierende und unnötige Eingriffe in die Eigentumsfreiheit vor: Einerseits eine Rückzonungspflicht für Bauzonen, die den voraussichtlichen Bedarf für 15 Jahre überschreiten, andererseits die Vorschrift zur Zwangsüberbauung von Grundstücken innert einer bestimmten Frist. Faktisch kommen die beiden Eingriffe

in vielen Fällen einer Enteignung gleich. Gleichzeitig brächten die Regelungen zahlreiche Vollzugsprobleme und lange Gerichtsverfahren mit negativen Auswirkungen für Grundeigentümer und Wirtschaft mit sich.

### Neue oder höhere Steuern, Gebühren und Abgaben verhindern

Neu würden die Kantone den Mehrwert auf Grundstücken, der sich durch planerische Anpassungen ergibt, mit einem Satz von mindestens 20% abzuschöpfen. Durch behördliche Planung entstandene Nachteile würden hingegen nicht ausgeglichen. Leidtragende wären also die Wirtschaft und die Grundeigentümer. Da die Einnahmen aus den Abschöpfungen bei weitem nicht ausreichen, um die Rückzonungen zu finanzieren, stiege der Druck, bestehende Steuern, Abgaben oder Gebühren zu erhöhen. Davon wären wir alle betroffen.

### Bürokratie darf nicht überborden

Die Bestimmungen des revidierten RPG führen auf allen drei Staatsebenen zu mehr Bürokratie, komplizierteren Verfahren und höheren Kosten. Dies gilt vor allem für den vom Bund erzwungenen Ausgleich der Planungsvorteile von mindestens 20% bei der Überbauung des Grundstücks oder dessen Veräusserung. Noch komplizierter wird sich die Rückzonungspflicht ausgestalten.

### Kantone brauchen keine Bevormundung

Die Raumplanung ist grundsätzlich Sache der Kantone. Der Bund legt nur die Grundsätze fest. Diese in Artikel 75 der Bundesverfassung verankerte Arbeitsteilung hat sich bewährt. Die Situation in der Stadt Genf ist schliesslich anders als im ländlichen Toggenburg. Die beschlossene Revision des RPG verstärkt aber die Kompetenzen des Bundes, der den Kantonen neue detaillierte Vorschriften zur Ausgestaltung der Richtpläne aufzwingen könnte. Diesen Angriff auf den Föderalismus gilt es abzuwehren.

### AGV lehnt das revidierte Raumplanungsgesetz ab

Der AGV legt grossen Wert auf die Feststellung, dass er eine nachhaltige Raumplanung für wichtig hält. Natur und Landschaft müssen geschützt und die Heimat soll nicht zugebaut werden. Doch die Schweiz darf auch nicht zu einem «Ballenberg» verkommen. Das revidierte Raumplanungsgesetz ist ungenügend und gefährlich. Der AGV sagt dazu klar Nein und bittet die Stimmbevölkerung, zu gegebener Zeit die Vorlage an der Urne abzulehnen. In der Raumplanung muss ein neuer Anlauf genommen werden. Dies im Interesse des Werkplatzes Schweiz und der Freiheit jedes Einzelnen.



1962  
–  
2012

50 Jahre

Arbeitgeberverband  
Sarganserland-Werdenberg  
Der Vorstand

www.agv-sw.ch